

Islamische Parteien als logische Folge der Demokratisierung

Ein entscheidendes Manko der zu Ende gegangenen ›Neuen Ordnung‹ unter Suharto lag bekanntlich in der anhaltenden Ignoranz gegenüber den im Laufe der Zeit gewachsenen politischen Aspirationen der indonesischen Bevölkerung. Im Verbund mit der angestrebten Mobilisierung des Wahlvolkes zugunsten der vom Militär unterstützten Regierungspartei *Golkar* (›Strategische Gruppen‹) wurden 1973 die säkularen wie auch die islamischen Parteien zu zwei Dachorganisationen zusammengelegt (PPP und PDI). Parteien wie Organisationen wurde es unter Verweis auf die potentiell destabilisierende ethnische Heterogenität der indonesischen Bevölkerung untersagt, sich auf religiöse Doktrinen zu berufen oder entsprechende Symbole zu verwenden.

Das Bewußtsein, die größte muslimische Nation weltweit zu sein und dennoch keine einzige politische Vertretung zu besitzen, die rundum als ›islamisch‹ hätte bezeichnet werden können, machte die Vertreter des politischen Islams zu den Hauptverlierern der Depolitierungs-Strategie Suhartos und Ali Murtopos.

Heute, wenige Monate nach Amtsantritt der neuen Regierung haben bereits mehr als 40 neue Parteien das Licht der Welt erblickt. Es ist aufgrund der staatlichen Behinderungen der letzten Jahrzehnte nicht weiter verwunderlich, daß unter diesen Neugründungen eine ganze Reihe von Parteien sind, die sich ideologisch zu der einen oder anderen Religion bekennen. Dieses Phänomen ist natürlich nicht auf den Islam beschränkt, sondern gilt in gleicher

Weise für Hinduisten, Protestanten oder chinesische Buddhisten.

Die Geschichte wirkt nach

Trotz der gegenwärtigen Aufbruchstimmung drückt die Last der Erfahrung mit religiösen Parteien immer noch mächtig auf die Schultern der Politiker und Aktivisten. Parteipolitische Islam ist bis heute ein Trauma von nationalem Ausmaß geblieben. Alle bislang unter der Regierung Habibie gegründeten Parteien mit islamischem Hintergrund müssen sich in unterschiedlicher Form vergleichen mit der *Masyumi*, der 1960 von Sukarno verbotenen islamischen Partei stellen. Bezeichnend hierbei ist die allgemeine Unsicherheit, wie man dem neuen Phänomen begrifflich beikommen soll. Die Bezeichnung ›islamische Partei‹ ist schließlich im Grunde genommen nicht zutreffend, da man sich auf Seiten der jeweiligen Parteiführungen weiterhin geschlossenen zur Staatsdoktrin *Pancasila* bekennt. Oder müßte man hier den Zusatz ›bisher‹ einfügen?!

Die überragende Stellung der *Pancasila* als alleinige ideologische Grundlage (*asas tunggal*) geht auf einen Gesetzesentwurf des Jahres 1983 zurück und bezieht sich auf alle sozialpolitischen und gesellschaftlichen Organisationen. Sich dieser Restriktion zu widersetzen, konnte unter der ›Neuen Ordnung‹ eine Anklage der Subversion nach sich ziehen und in der Auflösung der betreffenden Organisation oder Partei resultieren. Obgleich die Regierung

von Bernhard Platzdasch

Habibie offiziell weiterhin auf dieser Linie fährt, mußte die Ablösung Suhartos zwangsläufig auch eine Neuaufgabe dieser Debatte in die Wege leiten. Erste Schritte, die ein Aufweichen der 15 Jahre alten Regelung erwarten lassen, sind bereits zu verzeichnen. So ist bisweilen zu hören, daß die sich augenblicklich im Entstehen befindenden Gesetzesentwürfe zur zukünftigen Parteipolitik eine rechtliche Unterscheidung zwischen Partei- und Staatsideologie implementieren möchten. Dies würde bedeuten, daß eine Organisation, die unter dem Label Islam agiert, sich dann ›islamische Partei‹ nennen darf, wenn sie sich abseits der parteiichen Doktrin der nationalen Ideologie *Pancasila* verpflichtet.

Unterschiedliche Reaktionen auf Gründung religiöser Parteien

Nicht nur die Vertreter der Minoritäten sind aufgrund der Rückkehr von Parteien auf religiöser Basis und der damit verbundenen Diskussionen über die Stellung der *Pancasila* besorgt. Auch ist die Reaktion der indonesischen Intellektuellen auf diese Entwicklung uneinheitlich. Interessant ist hierbei die Haltung eines liberalen Vordenkers wie Nurcholish Madjid. Madjid hatte bereits als junger Aktivist im Jahre 1970 in einer mittlerweile berühmten Grundsatzrede islamischen Parteien eine klare

Der Autor ist angehender Doktorand mit Interessenschwerpunkt Islam und Militär in Indonesien.

Absage erteilt. Gepreßt in die Formel ›Islam yes, Partai Islam no‹ mahnte er fortan unablässig, säkulare Bereiche wie die Politik nicht zu Domänen religiösen Glaubens zu machen, also von einer ›Sakralisierung‹ der Politik abzusehen. Obgleich auch heute kein Befürworter eines politischen Islam, betrachtet Madjid die Entstehung religiöser Parteien als zwingendes Resultat der gewandelten politischen Umstände und damit als schwerlich abzuwenden. Gegenüber Vertretern verschiedener Tageszeitungen ließ er verlauten: »Das ist eine Konsequenz der Demokratie«.

Demgegenüber ist Kuntowijoyo, ein anderer bedeutender muslimischer Intellektueller, nach eigener Aussage »zutiefst bekümmert« über die gegenwärtige Entwicklung. Der in Yale ausgebildete Historiker befürchtet, durch den Wechsel in die Politik werde der Bildungsauftrag des Islam an den Rand gedrängt und sich nachteilig auf den Ausbau einer (explizit) muslimischen Mittelklasse auswirken. Ferner könne auf lange Sicht, wenn die fähigsten Denker nunmehr die Politik als Nonplusultra betrachteten, die intellektuelle Substanz des indonesischen Islam Schaden nehmen. Seine Kritiker werfen Kuntowijoyo vor, eine solche Sehweise betone nur die Risiken, nicht jedoch die Chancen, die der Sturz Suhartos dem Islam eröffnet hat und die dieser, gemäß seiner Stellung, nun aufgreifen muß.

Schließlich war es bereits lange zuvor ein offenes Geheimnis, daß die ehemals einzig offizielle parteipolitische Vertretung des Islam, die ›Nationale Einheitspartei‹ (PPP), nicht in der Lage sein kann, der Vielfalt des indonesischen Islam gerecht zu werden. Heute, in der allgemeinen Euphorie, welche die Parteineugründungen begleitet, hat es die PPP schwer, ihren Status zu wahren. Ein ausschlaggebender Grund dürfte sein, daß die Partei mit ihrer Vergangenheit als »Produkt« der ›Neuen Ordnung‹ zu kämpfen hat. Gleichmaßen unwillig, als Anachronismus abgegolten zu werden, ist die Parteispitze derzeit bemüht, den Anschluß an die vorausseilende Konkurrenz unter dem Banner der Reform zu halten.

PPP befürchtet Massenaustritt und Verlust der Wählerbasis

Die diffizile Lage der PPP findet beispielsweise in der Befürchtung Ausdruck, es könnte zu Massenüberläufen hochstehender Parteifunktionäre zur neuen Konkurrenz kommen. Überdies wird es die ›Nationale Einheitspartei‹ in naher Zukunft schwer haben, ihre Wählerbasis zu halten. Zum einen droht ihr die Konkurrenz vom neu etablierten politischen Flügel

träger und sein internationaler Bekanntheitsgrad brächten der PPP in jedem Falle das erhoffte »frische Blut« (Ismail Matereum, Vorsitzender der PPP), um sich auch in Zeiten der Reform profilieren zu können.

Eine Konsequenz der partei-lichen Konkurrenz im Geiste der Reform ist, daß sich die Organisationsvertreter gegenseitig in ihrem Bekenntnis zu politischer Transparenz und Demokratiebereitschaft überbieten. Ferner ist auffällig, daß alle *de facto* islamischen Parteien sich als ›offen‹ ausweisen, das heißt offiziell auch die Parteibeitritte von Indonesiern anderer Konfessionen akzeptieren. Dieser Aspekt ist wohl am besten beim politischen Arm der traditionalistisch-orthodoxen Nahdlatul Ulama (NU), der ›Partei der Erhebung des Volkes‹ (PKB) aufgehoben. Die Führung der PKB, an vorderster Stelle der ehemalige Generalsekretär der PPP(!), Matori Abdul Djaliil sieht die angeblich 40 Millionen starke NU-Basis geschlossen hinter sich stehen. Hinzu kommen nach den Worten von Dr. Said Agil Sirajs, einem der neuen Wortführer der NU, noch potentielle Wähler aus anderen Schichten, so daß man sich bei den kommenden Wahlen einen Anteil von bis zu 30 Prozent ausrechnen. Trotz dieser optimistischen Sichtweise ist noch unentschieden, ob die breite Masse der NU dem Ruf der PKB folgen wird. Wie erwähnt, war es vor allem die PPP, die auf die Unterstützung der NU-Mitgliedschaft bauen konnte (von 1973 bis 1983 gehörte die NU der PPP an). Aber auch *Golkar*, die PDI oder Prof. Yusril Ihza Mahendras islamische ›Mond-Stern Partei‹ (PBB) sind wichtige Konkurrenten.

TIMETABLE FOR CHANGE

The next 15 months will give Indonesia's politics a facelift

1998	
Nov. 13	: Political parties register. Registration ends on Jan. 12, 1999
Early Dec.	: Parliament votes on political legislation
1999	
Feb. 1-Mar. 13	: Election candidates register
Mar. 13-Apr. 24	: Voters register
Apr. 6	: Final list of candidates; election campaign begins
May 12	: Campaigning ends
May 15	: Polling day
June 14	: Final election results
June 29	: Inauguration of new parliament
Dec. 6	: People's Consultative Assembly elects new president, vice-president

Source: REVIEW Data

aus: FEER v. 17.9.1998, S. 25

der NU (*Nahdlatul Ulama*), deren Mitgliedschaft in »alten Tagen« als PPP-Stammklientel galt.

Zum zweiten ist ein weiteres Erodieren zu erwarten, falls die Symbolfigur des politischen Wandels, Dr. Amien Rais, wie seit langem angekündigt, seine eigene Partei (PAB oder PAN) ins Rennen schickt. Jedoch ist zum Zeitpunkt, an dem diese Zeilen zu Papier gebracht werden, noch nicht vollends geklärt, ob Amien Rais nicht doch gegenteilig der PPP beitreten wird, als Einzelperson oder auch im Rahmen einer Koalition mit der PAB. Rais' Status als Hoffnungs-

Nationale vor islamischen Interessen

Andererseits ist die PKB aufgrund ihrer moderaten Haltung auch für säkular eingestellte Wählerschaften und Angehörige religiöser Minoritäten interessant, schließlich hat die Partei — im Sinne der oben angeführten Unterscheidung zwischen nationaler und parteilicher Ideologie — nationale Interessen vor die islamischen gestellt. Noch am Tage der

Gründung verkündete ein Vertreter der chinesischen Minorität, es könne davon ausgegangen werden, daß sich etwa sechs Millionen ethnische Chinesen, sowohl Muslime als auch Christen oder Buddhisten, der PKB anschließen werden.

Auch der Generalvorsitzende der NU, Abdurrahman Wahid, machte die nationale Ausrichtung in seiner Anfangsansprache deutlich: »Diese Partei ist anders als die anderen [...] weil sie ihre Liebe der Religion, dem Volk und der Heimat als einheitlichem Staate widmet.«

Dies macht die Partei zu einem möglichen Koalitionspartner der »Demokratischen Partei Indonesiens« (PDI), natürlich begünstigt durch die Kooperation zwischen Abdurrahman Wahid und der einstigen Speerspitze der Demokratiebewegung, Megawati Sukarnoputri. Von offizieller Seite wird die Nähe zur PDI-Vorsitzenden bestätigt, jedoch kann sich die PKB wie alle anderen Politikneulinge offenbar Koalitionen jeder Art vorstellen, solange der politische Partner sich »zu Vaterland und Demokratie bekennt«.

Andererseits gab ausgerechnet Amien Rais zu bedenken, daß der bestehende Wunsch, die Speerspitzen der demokratischen Bewegung — Megawati Sukarnoputri, Abdurrahman Wahid und ihn selbst — zu vereinigen, fatal und kontraproduktiv sein könnte. Schmelze man alle Beteiligten wieder zu einem Block zusammen, so Rais, werde man das erreichen, was man eigentlich unbedingt vermeiden wolle: die Rückkehr zu einem »monolithischen System« *a la* Suharto. Im Gegensatz hierzu sollten sich die verschieden Kräfte zu einem »demokratischen Orchester« (Rais) zusammenfinden. Möglicherweise wolle er selbst, so Rais weiter »die Melodie-Gitarre oder den Baß« in diesem Zusammenspiel bedienen.

Mahendras Ambitionen

Der Schatten der eingangs erwähnten *Masyumi* fällt wohl am meisten auf Prof. Yusril Ihza Mahendras »Mond-Stern-Partei« (PBB). Einige prominente PBB-Politiker wie die Gruppe um Dr. Anwar Harjono (ICMI) sind fest mit der *Masyumi* verknüpft.

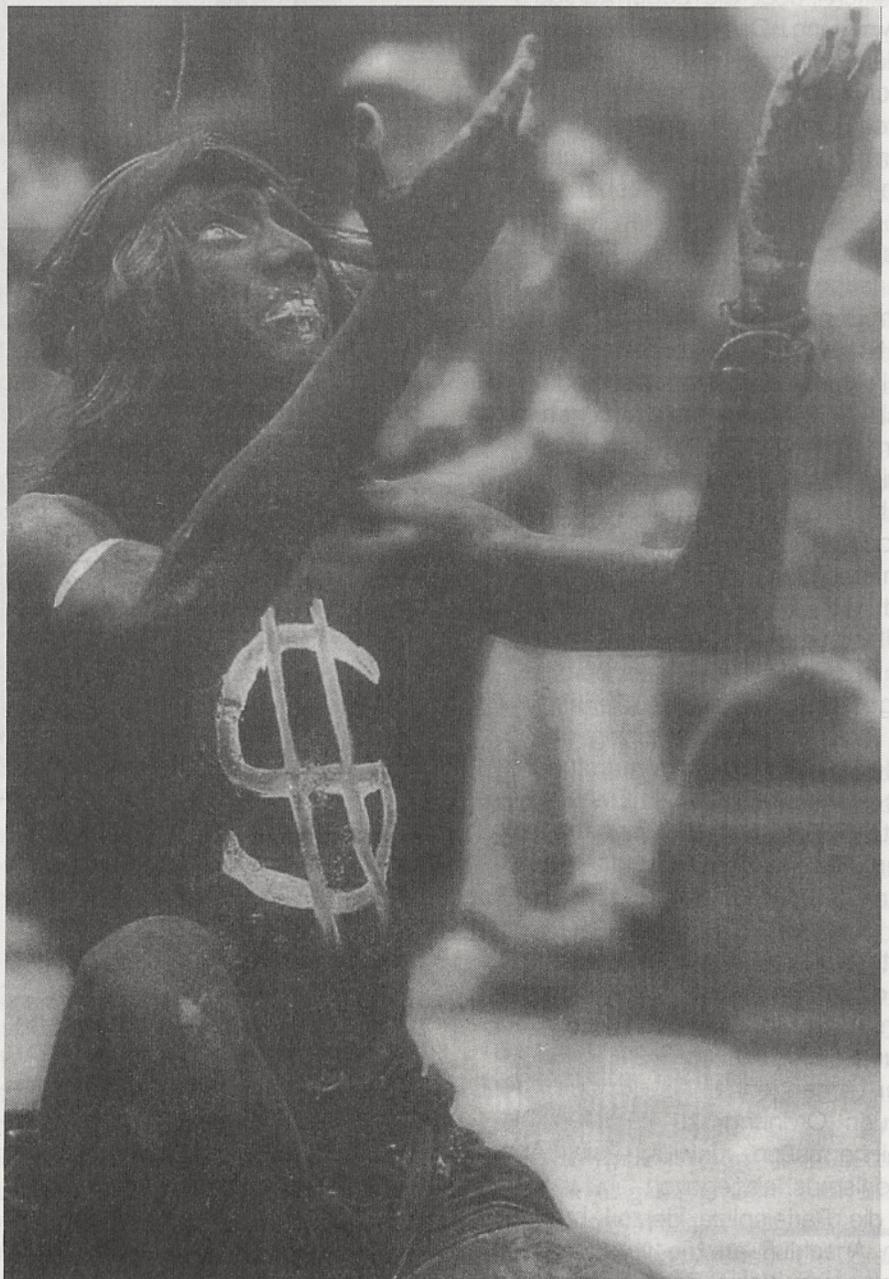
Wie in anderen Fällen, so war auch Mahendras Übertritt in politische

Gefilde kaum vorhersehbar. Zudem war es Amien Rais, der offenbar von einer zukünftigen Zusammenarbeit mit Mahendra ausging. Als Rais jedoch die Gründung seiner eigenen Partei PAB hinaus zögerte, soll Mahendra diese Hoffnung zunichte gemacht haben. Interessant verspricht in diesem Zusammenhang die Frage zu werden, ob die Mitgliedschaft der *Muhammadiyah* politisch ihrem derzeitigen Vorsitzenden Rais nachfolgen wird, oder — was wahrscheinlicher ist — ihre Unterstützung Mahendras PBB (oder der PPP) zukommen läßt. Mahendra war übrigens der einzige der neuen Parteivorstände, der die Frage von Journalisten nach Ambitionen auf das Präsidentenamt klar bejahte.

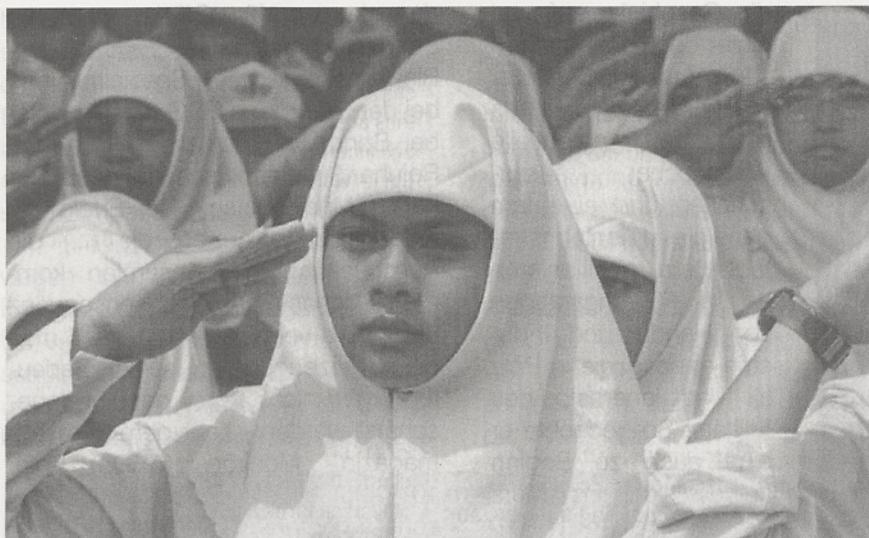
Der im Falle der PKB oben angeführte »offene« Charakter gilt

nach Worten ihres Vorsitzenden auch für die PBB. Mahendras Antwort auf eine entsprechende Frage: »Wir lehnen Mitglieder nicht ab, die anderen Religionen angehören. Nur eine [Gruppe] weisen wir ab, nämlich Menschen mit anti-demokratischer Haltung.«

Insgesamt vermittelt die gegenwärtige politische Neuorientierung den Eindruck, daß, abseits der nach wie vor dominierenden theologischen Diskrepanz, die politische Dichotomie zwischen dem traditionalistischen und dem modernistischen Islam-Flügel nicht länger eine Selbstverständlichkeit sein muß. Als Beispiel kann der für viele überraschende Beitritt Alwi Shihabs zur PKB angeführt werden. Shihab, heute Vorsitzender der genannten NU-nahen



Gebet um mehr Demokratie und Befreiung vom bösen Geist



Basis der islamischen Parteien

aus: AW v. 28.8.1998, S. 9

Partei, wurde bislang den Modernisten der Muhammadiyah zugerechnet und war darüber hinaus in der parteipolitischen Szene unauffällig. Journalisten gegenüber begründete Shihab seinen Entschluß mit den Worten, daß »es für die [indonesische] umma nun an der Zeit ist, eine [politische] Infrastruktur aufzubauen.«

Die Vehemenz und Begeisterung, mit der der Islam heute in die Politik drängt, sieht das islamisch orientierte Blatt *Republika* als »eine Art Rache für die diskriminierende Politik sowohl der Kolonialzeit als auch der ›Neuen Ordnung‹.« (27.07.98). Die Majorität der indonesischen Bevölkerung erhalte nun den Platz, der ihr aus Sicht der Gerechtigkeit nicht vor-

enthalten werden kann. Interessant ist, daß in diesem Zusammenhang mitunter auf die politischen Gegebenheiten in Deutschland verwiesen wird. In Deutschland, so die Argumentation, bestimmen schließlich auch nicht die islamischen Minoritäten, sondern die christlichen bzw. säkularen Parteien der Bevölkerungsmehrheit das politische Geschehen. Nichtsdestotrotz erlaube es die deutsche Demokratie den Muslimen, sich in den Parteien des dominierenden Anteils zu engagieren. Sie nehmen somit bei gleichberechtigter Stellung politisch eine Rolle ein, die ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht.

Eine deutliche Parallele erschließt sich im oben erwähnten »offenen« Charakter aller bislang neu gegründeten »islamischen Parteien«. Hier wird der Wunsch vieler Muslime, die in ihrem Land auf den Kopf gestellten Verhältnisse gerade zu rücken und gleichzeitig für demokratische Reformen einzutreten, besonders offenkundig. 

Suharto trat ab — das Militär aber putzt weiterhin seine Stiefel

Vorerst nur siegte Pyrrhus in Jakarta

Ausgerechnet ein Darling des Westens hatte noch Mitte Mai (15.-17.5.) im englischen Birmingham die Tagesordnung des G8-Gipfels durcheinandergewirbelt. Präsident Suharto möge sich, so der Appell der Staats- und Regierungschefs

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder (Freiburg i. Br.), die seit über einem Jahrzehnt schwerpunktmäßig in den Südpalippen engagiert ist.

der reichsten Länder, um überfällige — und möglichst unblutige — Reformen bemühen. Hätten sie den Haudogen Suharto nicht selber jahrelang unterstützt, wäre ihnen die selbsteingebrockte Blamage erspart geblieben. In Indonesien schüttete derweil der Ex-General Öl ins Feuer: Hunderte von Toten, panikartige Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen belasteten zusätzlich die Bilanz des mit 32 Jahren dienstältesten Despoten in Südostasien.

von Rainer Werning

Knapp eine Woche später dann, am 21. Mai, trafen bündelweise Grußbotschaften in der indonesischen Metropole Jakarta ein. Der Empfänger: eben jener Suharto, der seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für seinen Intimus und Vize, Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie, freigebracht hatte. »Respekt und Zustimmung« wurden unisono aus Washington, Tokio und Bonn einem Mann gezollt, der jahrelang Terror und Gewalt auf seinem Archipel gesät hatte, von